

Ressort: Politik

NRW will EU-Pläne für Ein-Personen-Gesellschaft stoppen

Düsseldorf, 15.05.2015, 17:32 Uhr

GDN - Fünf Minister aus der nordrhein-westfälischen Landesregierung haben Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) aufgefordert, ein Vorhaben der EU-Kommission zu Fall zu bringen: die Ein-Personen-Gesellschaft ("Societas Unius Personae"), deren Gründung in den 28 Mitgliedsstaaten im Schnellverfahren ermöglicht werden soll. Die Kommission verspricht sich davon einen Gründungsboom für kleinere und mittlere Unternehmen.

Die neuen Gesellschaften sollen im Internet und ohne Beteiligung eines Notars angemeldet werden können. "Ohne Identitätsprüfung des Gründers können sie schnell zur Plattform für kriminelles Handeln werden", sagte Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) dem "Spiegel". "Die Strafverfolgung bei Delikten wie Geldwäsche und Insolvenzbetrug wird schwer, wenn nicht gar unmöglich." Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) sieht das ähnlich: "Wir unternehmen alles, um auf europäischer Ebene Schlupflöcher zu schließen, aber diese Richtlinie schafft ein Einfallstor für Steuerhinterzieher und Betrüger."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-54634/nrw-will-eu-plaene-fuer-ein-personen-gesellschaft-stoppen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619